

# Offener Brief den Berliner Innensenator Andreas Geisel (SPD):

CC: Anne Helm (DIE LINKE), Carsten Schatz (DIE LINKE), Antje Kapek (Bündnis 90/Die Grünen), Silke Gebel (Bündnis 90/Die Grünen), Raed Saleh (SPD)

Sehr geehrter Herr Andreas Geisel,

mit dem Drugstore, der Friedel54 und der Liebig14 wurden in den vergangenen Jahren Orte geräumt, die für die linke Szene in Berlin und die jeweiligen Kieze enorme Bedeutung hatten. Durch die Räumung der Kiezkneipe "Syndikat" im vergangenen Monat wurde ein weiterer linker Freiraum zerstört. Und nun droht die Räumung der Liebig34 eines der wenigen queer-feministischen Hausprojekte aus unserer Stadt zu vertreiben.

In den Kneipen werden Proteste gegen Nazis und Abtreibungsgegner\*innen geplant. Viele (Kiez-)Initiativen nutzen die Infrastruktur der Häuser für die Planung und Durchführung wichtiger politischer Bildungsarbeit im Kampf gegen Klassismus, Gentrifizierung, Obdachlosigkeit, Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus. Fällt diese Arbeit weg möchten wir uns gar nicht vorstellen, was das für den Zusammenhalt in unserer Stadt bedeutet.

In Ihrem eigenen Grundsatzprogramm verpflichten Sie sich dem demokratischen Sozialismus. Mit Ihrer Politik linken Projekten gegenüber arbeiten Sie genau gegen dieses Ziel an! Es ist unablässig für eine Organisation der sozialistisch und emanzipatorisch gesinnten Jugend, ihnen Freiräume zu ermöglichen und diese zu erhalten. Mit Ihrer Räumungspolitik demonstrieren Sie stellvertretend für die SPD ein ums andere Mal den Verrat an Ihren sozialistischen Grundwerten!

Deswegen rufen wir Sie auf, den letzten Funken sozialistischer Grundüberzeugung zu retten: Tun Sie alles, was in ihren Kompetenzen liegt, um die Räumung der Liebig34 am 09.10.2020 zu verhindern! Wie in unserem Offenen Brief zur Potse bereits gefordert sind diese Räume essentiell für unsere Stadt!

Bei der Räumung des Syndikats wurde die Versammlungsfreiheit massiv eingeschränkt. Es war aufgrund der polizeilichen Sicherheitszone quasi unmöglich, eine Versammlung in der Nähe des Syndikats anzumelden. Solche oder ähnliche Eingriffe in Grundrechte dürfen nicht wieder vorkommen!

Das Polizeiaufgebot war außerdem bei der Räumung des Syndikats völlig überzogen. Nach einer kleinen Anfrage der Grünen Abgeordneten Susanna Kahlefeld und Anja Kofbinger wurde der Bereich um das Syndikat herum mit 1.228 Polizist\*innen gesichert, welche insgesamt 14.257 Dienststunden

absolvierten. Von den Kosten für diesen Einsatz hätten Sie theoretisch das gesamte Gebäude kaufen können. Abgesehen davon wurde eine extrem eskalative Strategie gefahren, wodurch mehrfach die Grundrechte der Demonstrant\*innen eingeschränkt wurden. Weder ein derartiges Polizeiaufgebot, noch eine solche Strategie dürfen in Zukunft wieder vorkommen!

Sollte wieder unter einem ähnlich fadenscheinigen Grund die Versammlungsfreiheit eingeschränkt werden oder ein derart übertriebenes Polizeiaufgebot aufgefahren werden, appellieren wir an Bündnis 90/Die Grünen Berlin und DIE LINKEN Berlin, entsprechende Konsequenzen zu ziehen und Sie endlich in Ihre Schranken zu weisen!

Unterzeichner\*innen:

